

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/96

Bonn, den 27. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Nichts dazugelernt</u> CDU/CSU können sich von der Vergangenheit nicht lösen	50
2	<u>"Wohin der Weg schon einmal führte"</u> CDU-Werben um NPD-Wähler in Niedersachsen	30
3 - 4	<u>Die Ultras sind isoliert</u> Erfreuliches Resultat einer Meinungsumfrage	65
5	<u>Kritische Lage auf Zypern</u> Makarios unter ständiger Bedrohung Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	39

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Neuordnung des Unterhaltsrechtes
Reform des Ehescheidungsrechtes zieht weitere Reformen nach sich
Zur Erwerbstätigkeit der Frauen
Schaffung von Kindergartenplätzen vordringlich

Nichts dazugelernt

CDU/CSU können sich nicht von der Vergangenheit lösen

sp - Während im Bundestag über die West- und Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel diskutiert wurde und die Redner der CDU/CSU wieder einmal mit Argumenten von vorgestern und Unterstellungen für die Zeit von Übermorgen mehr schlecht als recht operierten, hat die deutsche Öffentlichkeit zur gleichen Zeit einen Anschauungsunterricht darüber erhalten, was wirklich Politik ist. In Rom hat der NATO-Ministerrat einen Appell zur schrittweisen, gleichwertigen und gleichzeitigen Abrüstung an die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes gerichtet.

Man muß diese beiden Tatbestände gegenüberstellen, um zu verdeutlichen, wie sehr die gegenwärtige parlamentarische Opposition in der Vergangenheit lebt. Die Bündnispartner der Bundesrepublik befürworten nicht nur deren Bemühungen um eine Entspannung zwischen Ost und West, sondern ergreifen auch selbst die Initiative zu weitergehenden Schritten: Sie fordern den Osten zu Abrüstungsmaßnahmen auf.

Vor diesem Hintergrund wirkt alles, was von den C-Parteien im Bundestag zur Deutschlandpolitik gesagt wurde, gespenstisch. Es entbehrt jeden Sinnes für die Realitäten, es hört sich hoch an, wenn es auch mit beschwörendem Pathos vorgetragen wird. Während dieser Bundestagsdebatte konnte man einige CDU-Abgeordnete beobachten, denen offensichtlich nicht ganz wohl war. Auch ihnen ist bewußt, daß die ständige Wiederholung von Formeln, die während der vergangenen 20 Jahre das Leitmotiv einer ins Leere verpuffenden Politik waren, uns Deutsche nicht einen Schritt weiterbringen. Nachdem feststeht, daß alle Behauptungen über eine angebliche Verstimmung unserer westlichen Verbündeten über die Politik der Regierung Brandt/Scheel unwahr sind, müßte man meinen, auch die Spitzenreiter der CDU/CSU würden endlich begreifen, wie gefährlich ihre Haltung ist. Sie blockiert nicht nur jedes vernünftige Gespräch mit den Staaten des Warschauer Paktes, sondern führt zwangsläufig zu erhöhtem Mißtrauen uns gegenüber in bestimmten Kreisen des Westens.

Hier manifestiert sich das ganze Dilemma, in dem sich die CDU/CSU befindet. Einerseits möchte sie sich als Grahshüter der westlichen Integration aufspielen, andererseits übersieht sie, daß sie jenen, mit denen sie die Freundschaft gepachtet zu haben meint, ständig ins Kreuz tritt.

Die NATO-Tagung in Rom hat gezeigt, daß seit den Tagen von Reykjavik die westliche Allianz immer intensiver nach Wegen sucht, auf denen eine Politik eingeleitet werden kann, die Europa mehr Sicherheit geben würde als die Fortsetzung eines hemmungslosen Wettrüstens in Ost und West. Niemand bestreitet, daß dieser Versuch auch Risiken in sich birgt. Ihn aber nicht einzuleiten, ohne hierbei selbstverständlich in der Bereitschaft zur Verteidigung nachzulassen, wäre gleichbedeutend mit der übelsten Form eines Status quo - der Fortsetzung des Wettrüstens und eines permanenten Spannungszustandes.

Diesen Wandel in der jüngsten Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses nicht zu erkennen, ist die historische Fehlleistung der CDU/CSU. Die Debatte im Bundestag hat es wieder einmal gezeigt.

+ + +

"Wohin der Weg schon einmal führte"

CDU-Werben um NPD-Wähler in Niedersachsen

sp - Wahlkämpfe können mitunter recht aufschlußreich sein; sogar Landtagswahlkämpfe. Der CDU in Niedersachsen ist nicht ganz wohl. Sie weiß, daß sie in allen Ecken Wählerstimmen zusammenkratzen muß, um der SPD die Führungsrolle streitig machen zu können. NPD-Wähler sind, gerade in Niedersachsen, natürlich irritiert. Zwei ihrer Abgeordneten liefen zur CDU über, woraus die niedersächsische CDU messerscharf folgert, auch frühere NPD-Wähler müßten jetzt zu ihr kommen. Auf einem Flugblatt des CDU-Kandidaten Horst Hagemann wird daher wie folgt an die NPD-Wähler appelliert:

- * "Es ist wichtig, daß wir mit ihnen - gemeint sind natürlich die
- * NPD-Wähler - darüber sprechen; denn jede NPD-Stimme ist für
- * die r e c h t e Seite verloren!"

Die "rechte" Seite ist natürlich die CDU, denn rechts von der CDU gibt es nach ihrem eigenen Eingeständnis nichts mehr. In dem gleichen Flugblatt wird nämlich erklärt, die Mehrheit der niedersächsischen FDP marschiere jetzt nach links.

Damit aber das Flugblatt den richtigen Dreh bekommt, werden NPD-Wähler, Flüchtlinge und Jungwähler en bloc angesprochen. Ihnen wird mit Schlagworten alter Nationalsozialisten zugerufen, man solle ihnen sagen, "wohin der Weg der SPD schon einmal führte und wohin er zurzeit führt".

Es ist nichts so dumme, daß es nicht immer wiederholt werden könnte. In den letzten Jahren der Weimarer Republik haben die Nationalsozialisten das Märchen vom "Versagen der SPD" erfunden. Ihre legitimen und illegitimen Erben verbreiten es auch jetzt wieder. Als Schlotbarone und Großgrundbesitzer Hitler finanzierten, um mit seinen SA- und SS-Horden die Demokratie zu zerschlagen, war daran die SPD "schuld".

Heute drückt man sich etwas vornehmer aus und sagt, "wohin der Weg schon einmal führte".

+ + +

Die Ultras sind isoliert

Erfreuliches Resultat einer Meinungsumfrage

W.S. - Bei einer vor kurzem veranstalteten Umfrage des Instituts für Demoskopie bekannten 81 Prozent der Befragten, daß nach ihrer Auffassung Deutschland und die Deutschen nie eine bessere Zeit gehabt hätten als die Gegenwart. 1951 waren dieser Ansicht nur ganze zwei Prozent, 1959 waren es 42 Prozent, 1963 62 Prozent. Die heutige Ziffer von 81 Prozent rechtfertigt das unablässige sozialpolitische Wirken der Gewerkschaften, und es stellt auch ein eindrucksvolles Bekenntnis zur sozialen Reformpolitik der gegenwärtigen Regierung dar.

Umsturzstüchtige Widersacher unseres Gesellschaftssystems müßten eigentlich nun heftige Unlustgefühle bekommen, wenn sie sich diese Umfrage und ihr Resultat ansehen. Da sitzen sie nun an ihren Schreibtischen oder in ihren Republikanischen Clubs und erklügeln mühsam Thesen, die unsere Ordnung als "verbrecherisch" denunzieren, weil in ihr die "Lohnabhängigen" auf schlimmste Weise ausgebeutet werden und der Mensch zum bloßen "Konsumfaktor" entwürdigt wird. Man treibt einen irrational anmutenden Kult mit dem Begriff "Proletarier" und versucht, mit Basis- und Aktionsgruppen verschiedenster Färbung die Klassenkampfideologie wieder zu beleben, alles zu dem einen Zweck, unser "ruchloses System" zu stürzen und an seine Stelle etwas zu setzen, von dem man selber nicht weiß, wie es aussehen wird; letzteres gibt man ganz offen zu. Einer der Hauptrepräsentanten dieser Richtung in Berlin hat in Gemeinschaft mit seinen prominentesten Gesinnungsgenossen in einem Arbeitspapier naiv erklärt, wie die neue, erstrebte Ordnung beschaffen sein soll, das müßte "erst noch näher bestimmt werden.

Ja, von wem eigentlich bestimmt? Von der sehr schmalen Minderheit, die hinter diesen utopiesüchtigen Agitatoren steht? Während die Herren über der künftigen Gestaltung des Volksglücks brüten, sagt das Volk selber bekennerisch, daß die Deutschen noch niemals eine so gute Zeit gehabt hätten wie gegenwärtig.

Das Institut für Demoskopie registrierte 81 Prozent Volkszustimmung zur demokratisch-parlamentarischen Ordnung der Bundesrepu-

blik und dem von ihr bewirkten Zustand.

Wir sind überzeugt, daß diese eindrucksvolle Mehrheit der Bevölkerung mit ihrem Votum keineswegs nun alles gutheißt, was bei uns geschieht. Man ist sicher der Meinung, daß noch vieles verbessert werden könnte. Aber die Richtung, nach der hin diese Verbesserung bewirkt wird, hält man für richtig. Das beweist doch der Sprung von 42 Prozent Zustimmung im Jahre 1959 auf 81 Prozent im Jahre 1970. Die Richtung stimmt! Und in dieser Richtung haben sich die Gewerkschafter immer betätigt.

Werden nun angesichts des Ergebnisses der demoskopischen Umfrage unsere eifernden Thesenschmiede die Fahne der Revolution einziehen und ihre Ideen nun auf dem Wege friedlicher Evolution zu verwirklichen trachten? Das ist leider kaum zu erwarten. Nach der bei ihnen gebräuchlichen Dialektik, weiß das Volk nämlich gar nicht, was ihm guttut. Deshalb muß ein Clan besonders "Eingeweihter" in der Übergangsepoche für das Volk denken und handeln. Auch die russische Revolution wurde ja durch "Berufsrevolutionäre" gemacht.

Glücklicherweise isoliert solche Geringschätzung des Volkes, wie sie in den Ansichten der Revolutionsapostel zum Ausdruck kommt, die radikalen Ultras von der breiten Masse der Bevölkerung, so daß sie niemals zum Zuge kommen können.

Für uns ist das Resultat der oben zitierten Umfrage kein Anlaß, die Hände in den Schoß zu legen und uns im eitlen Gefühl der Zufriedenheit zu sonnen. Im Gegenteil: Wir wollen unsere Anstrengungen noch vergrößern, um die Bundesrepublik Deutschland zu einem vorbildlichen Sozialstaat machen zu helfen. Revoluzzertheorien bringen uns auf diesem Weg nicht weiter. Mit blutigen Politgangsterstücken, mit Steinschlachten und Schaufensterzertrümmerungen kann der soziale Fortschritt weder gefördert noch gesichert werden. Was not tut sind kühle Köpfe und ehrliches soziales Wollen. Arbeiten wir in diesem Sinne unbeirrbar weiter, wird die Zahl derer, die das Leben in unserer Bundesrepublik für eine gute Sache halten, in einigen Jahren schon auf 90 und mehr Prozent gestiegen sein.

+ + +

Kritische Lage auf Zypern

Makarios unter ständiger Bedrohung

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Am vergangenen Sonntag konnte die zypriotische Polizei einen neuen Attentatsversuch auf Erzbischof Makarios verhindern. Der zypriotische Staatspräsident hat an diesem Tage in Famagusta eine wichtige Rede gehalten. Dort sollte der neue Nordplan verwirklicht werden. Es ist bekannt, daß Makarios immer sehr mäßig und vorsichtig urteilt. Trotzdem hat er dieses Mal die Situation auf der Mittelmeerinsel als "kritischer denn je" bezeichnet. Nach dem mißglückten Attentat und Putschversuch Anfang März dieses Jahres hat sich die Lage tatsächlich verschärft. Die Türkei hat inzwischen an den Zypern nahegelegenen Küsten eine Expeditionstruppe für eine mögliche Landungsoperation einsatzbereit stationiert. Jeder Versuch einer gewaltsamen Änderung des Status quo auf der Insel würde Ankara als Grund eines offenen Konfliktes ansehen.

Seit Ende 1969 hat die sogenannte "Nationale Front" auf Zypern mit Gewaltaktionen und der Unterstützung der Offiziere des Athener Regimes, die auf Zypern leben, versucht, die Insel zu spalten, um dann einen Anschluß des griechischen Teils an Griechenland zu erreichen und damit der Bevölkerung einen "außenpolitischen Erfolg" der Junta zu präsentieren. Solange aber Makarios die Geschicke der Insel leitet, ist dieser unverantwortliche Plan, der im östlichen Mittelmeer zu weiteren Komplikationen mit unübersehbaren Folgen führen würde, undurchführbar. So verwundert es auch nicht, daß Erzbischof Makarios am Sonntag in Famagusta erklärte, er müsse mit der Möglichkeit weiterer Nordanschläge gegen ihn rechnen.

Der mißlungene Staatsstreich auf Zypern im letzten März macht eine Wiederholung dieser politisch blinden Operation nicht ohne weiteres möglich. England, das noch über zwei Militärbasen auf Zypern verfügt, hat deutlich gemacht, daß es nicht als bloßer Zuschauer einer gewaltsamen Änderung des Status quo auf der Mittelmeerinsel dulden wird. Und noch immer sind auf Zypern die Friedenskontingente sieben neutraler Länder im Auftrage der UNO stationiert, um Zyperns freiheitliche Staatsform und Selbständigkeit zu garantieren.

Makarios hat trotz dieser kritischen Situation für Anfang Juli neue Parlamentswahlen ausgeschrieben und plant für die nächste Zeit eine Umbildung der zypriotischen Regierung. Damit will er dem zypriotischen Volk die Möglichkeit geben, durch seine neuen Vertreter bei den anstehenden Problemen der nächsten Zeit mitzuentcheiden. Zugleich will er den Diktatoren in Athen zeigen, daß die Demokratie gerade auch in gefährlichen Zeiten funktionieren kann.